

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Samstag, 2. Feber 1935

Nr. 28

Der Notstand in den Grenzgebieten

Eine Vollsitzung der Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes für stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Am Mittwoch, dem 30. Jänner, tagte in Melchberg eine Vollsitzung der Zentralgewerkschaftskommission der freien deutschen Gewerkschaften. Sie beschäftigte sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und mit Forderungen zu deren Bekämpfung in den Grenzgebieten unseres Staates.

Abg. Genosse Matouš erbat einen ausführlichen Bericht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Grenzgebieten, befahte sich mit den steigenden Anforderungen an die Gewerkschaftsverbände, die aus der Wirtschaftskrise hervorgehen und wies nach, daß es notwendig sei, neben der Arbeitsbeschaffung auch die Unterstützungsfunktion aus öffentlichen Mitteln zu übernehmen. Vor allem aber sei die produktive Arbeitsbeschaffung eine erhebliche Aufgabe, um Arbeitsplätze in größerem Umfang als bisher zu beschaffen. Anerkannt werden mußte, daß in den letzten Wochen die staatlichen Stellen härter bemüht sind, den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und gewisse bisher in manchen Bezirken bestandene Nebelwälder bei der Ernährungsaktion zu beseitigen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Frage der 40-Stunden-Woche berichtete Abg. Schäfer. Die Arbeiterkassen verlangen dringend, daß endlich ein erster Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden in der Woche getan werde.

In der Ansprache über die beiden Berichte wurde das traurige Los der Arbeiter und Angehörigen, die jahrelang beschäftigungslos sind, geschildert. Die Zahl derer, die keinerlei Erwerbsmöglichkeit mehr haben, nimmt von Monat zu Monat zu. In den Arbeiter- und Angestelltenfamilien wächst die Not ins Unerträgliche. Dieser Zustand erfordert eine Steigerung der Hilfsaktionen aus öffentlichen Mitteln und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Die Sitzung beschloß folgende Kundgebung:

Wir befinden uns mitten im fünften Krisenwinter. Die Arbeitslosigkeit ist zwar im ganzen um einiges geringer als zu der gleichen Zeit im Vorjahre. Das Elend und die Not jedoch sind schwerer als je zuvor. In jahrelanger Wirtschaftskrisenlosigkeit haben viele Tausende von Arbeitern und Angestellten unerhörte Entbehrungen ertragen. In den Familien jener Arbeiter, die ihre Erwerbsmöglichkeit verloren haben, sieht es hofflos aus.

Die Unterernährung hat in den aufgedrohenen Notstandsgebieten einen Grad erreicht, der dem Zustande im Jahre 1918 gleichkommt. Es fehlt das Geld zum Einkauf von Lebensmitteln, die heruntergerissene Kleidung kann nicht mehr ersetzt werden, nicht einmal an die Erneuerung der Schuhe ist unter den furchtbaren Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit zu denken.

Am schlimmsten ist die Not und der Hunger in den Grenzgebieten der Republik. Einmalig hochentwickelte Industriebezirke sind verödet. Schon jahrelang stehen zahllose Betriebe still.

Die Maschinen ruhen ein, Fabrikgebäude werden abgetragen.

Keine Aussicht dafür besteht, daß jemals wieder in den Betriebsstätten, in denen von der Krise überlebt und laufende Arbeiter beschäftigt waren, gearbeitet werden wird. An neue Beschäftigungsmöglichkeiten ist nicht zu denken, solange es nicht gelingt, durch das Eingreifen des Staates und der

Die Hinrichtungen in Oviedo vollzogen!

Madrid. Die vom spanischen Ministerrat unterzeichneten Todesurteile gegen zwei Teilnehmer am Oktoberaufstand sind am Freitag in Oviedo vollstreckt worden. Die Verurteilten wurden standrechtlich erschossen.

öffentlichen Verwaltungskörper in ausreichendem Maße Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Immer weiter greift das Unheil der Wirtschaftskrise um sich.

Die in den Grenzgebieten unseres Staates heimischen Industrien sind zu einem überwiegenden Teile auf die Ausfuhr angewiesen. Der innere Markt liegt infolge der tief herabgesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung so stark darnieder, daß er lange nicht mehr die frühere Menge industrieller Erzeugnisse aufnehmen kann. In vielen, einstmalig blühenden Industriebezirken hat gegenwärtig ein großer Teil der Bevölkerung keinerlei Erwerbseinkommen. Die unglücklichen Opfer der Wirtschaftskrise sind ausschließlich auf die Arbeitslosenunterstützung, auf die Ernährungshilfe und auf die Hilfsaktionen des Staates und der öffentlichen Körperschaften angewiesen. Dabei machen es

die zerrütteten Finanzen der Selbstverwaltungskörper den Gemeinden und Bezirken unmöglich, Mittel für die Beschaffung von Lebensmitteln und Kleidung bereitzustellen.

Entsetzlich ist in dieser furchtbaren Zeit ebenso das Wohnungseld. Wohnungen stehen zwar zur Verfügung, aber die arbeitslosen Menschen müssen sich zusammenbringen in unzureichenden Wohnräumen, weil sie ohne Lohn- und Gehalts-

stellen und nicht imstande sind, die Miete für eine zureichende Wohnung zu erlegen.

Mit jedem Tage steigt das Elend in den Familien der Arbeitslosen, immer verzweifelter wird ihre Lage und immer hoffungsloser sehen sie der nächsten Zukunft entgegen.

Die Auswirkungen dieses Jammerzustandes in seelischer Beziehung

für die Menschen, die arbeiten wollen und keine Beschäftigung finden können, sind gar nicht auszusagen. Am schlimmsten ist es für die Kinder der Arbeitslosen, die in ihrer körperlichen Entwicklung zurückbleiben, weil es ihnen an der notwendigen Ernährung fehlt. Sie verkümmern aber auch geistig, wenn durchgreifende Maßnahmen dagegen ausbleiben.

Einer besonderen Fürsorge sind die Jugendlichen bedürftig, die zu einem großen Teile seit ihrem Austritt aus der Schule weder eine Lehrstelle noch einen Arbeitsplatz gefunden haben. Wenn es nicht möglich sein sollte, für diese Jugendlichen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, dann muß die Heimkation erweitert und in ihrer Dauer verlängert werden. Alle erwerbslosen Jugendlichen sind in die Ernährungsaktion einzubeziehen.

Die aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten Arbeitsmenschen wollen Beschäftigung. Die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Kombinationen

Vier Mitglieder der Mordexpedition? Formis wurde in seinem eigenen Zimmer erschossen?

Prag, Freitag, nahm die Gendarmerie einen neuen Totenschein im Hotel „Sábovi“ vor, dessen Resultat ein neues Bild von dem wahrscheinlichsten Verlauf der Mordtat ergibt. Im Zimmer Nr. 6, welches Formis gehörte, wurden eine Revolverkugel und neben dem Fenster die Einschlagstelle eines Projektils gefunden. Daraus schließt man, daß Formis erst sein Zimmer aufsuchte, abschloß — der Schlüssel steckte innen — und die Tür erst öffnete, als ihn jemand, wahrscheinlich die Kerobach, rief. In diesem Augenblick dürfte es zu dem Mord gekommen sein, bei dem vermutlich die Kerobach verwundet und Formis erschossen wurde.

Dieser Annahme widerspricht die Aussage des Kellers, der gesehen haben will, daß die Mörder einen Koffer aus dem Zimmer Nr. 4 ins Zimmer Nr. 6 geschleift haben. Vollkommen ungelöst ist die Frage, woher die Munition im Zimmer kam. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einer der Mörder nur eine Leiche, wenn auch stark blutende Wunde erlitten hat.

Im Verlaufe der Hausdurchsuchung wurde auch das Hotelpersonal neuerlich einvernommen.

Ein vierter Komplize?

Von einer bisher unbekanntem Tatsache soll laut „Telegraf“, die Gendarmerie in Brant erfahren haben. Am Tage vor dem Mord, am 23. Jänner, kam ein reichsdeutsches Auto, der Beschreibung nach der Wagen Müllers und Schuberts, zum Hotel „U Bendu“. Im Auto saßen vier Personen, die deutsch sprachen und sich nach den verschiedenen Wegen, die von Brant am rechten und am linken Moldanauer nach Prag führen, erkundigten. Am Tage der Tat hatten Müller, Schubert und die Kerobach also einen weiteren Helfershelfer, der damals den Wagen lenkte. Daß es sich um keinen gemieteten Chauffeur handelte, dürfte dadurch bewiesen sein, daß der Mann nur deutsch sprach, also ein Ortsfremder war und sich bisher auch nicht bei der Polizei gemeldet hat.

Der Wunsch, einen Weg nach Prag kennenzulernen, der nicht an der Station der Bergschneefahrt in Chuchle vorbeiführt, ist darauf zurückzuführen, daß Müller einige Tage zuvor einen Konflikt mit einem Beamten dieser Wache hatte, als er mit dem Auto an der Station vorbeifahren wollte, ohne die dort eingehobene Straßenmaut zu zahlen. Damals notierte sich der Beamte die Nummer des Autos und Müller hatte Grund anzuneh-

men, daß er in Chuchle erkannt werden und die Richtung seiner Flucht nach dem Mord sehr schnell zur Kenntnis der Polizei gelangen würde.

Die Untersuchungsbehörden mühen, wenn sich die Aussagen der Zeugen bewahrheiten, vor der Aufgabe, diesen unbekanntem Vierer ausfindig zu machen, der nach dem Mord nicht mehr in der Gesellschaft der übrigen Personen war.

„Geheimnisvolle Autos“

in der Prager Umgebung

Als Folge der Erregung in der Öffentlichkeit liefen bei der Polizei und der Gendarmerie in einigen Orten der Umgebung Prags Anzeigen ein, daß in den ersten Jännertagen in der Nacht geheimnisvolle Autos mit gelochten Lichtern gesehen wurden, deren Insassen merkwürdige Apparate bei sich hatten. Das Rätsel war schnell gelöst. Es handelte sich um Organe der Post, die auf der Suche nach dem Schwarzfahnder waren und dazu die Nachtstunden benützen mußten, während welcher der Sender gewöhnlich arbeitete.

Die Ausnahme von der 10 Mark-Grenze

Die letzte Nummer der „Deutschen Revolution“, des Blattes Dr. Otto Straßers, schreibt: „Das feudale (Mörder-) Trio fährt nach Prag und nimmt sich in einem Prager Hotel die teuersten Appartements. — Ihre außerordentlich hohen Geldausgaben begleitet Müller täglich mit einem funkelneuen 1000-KC-Schein, so daß es sogar dem Hotelier auffällt, der weiß, daß die deutsche Devisenbeschränkung nur die Mitnahme von 10 Mark (in von der Reichsbank bescheinigten Ausnahmefällen 500 Mark) erlaubt.“

Prozeß Rakosi

Justizmord als Propagandamittel!

Seit dem 21. Jänner verhandelt das Schnellgericht in Budapest in dem auch offiziell als Sensation geltenden, mit viel Lärm und noch mehr Klame in Szene gesetzten Prozeß gegen den gewesenen kommunistischen Volkskommissar Rakosi. Unerwünscht, die in das Dicksicht der ungarischen politischen Regierungs- und Klamerkunst keinen Einblid haben, stehen der Aufmachung und den Einzelheiten des Prozesses ganz verständnislos gegenüber.

Längst ausgestoßene, als Hochverräter gebrandmarkt und verurteilte Politiker der Revolution des Jahres 1918—1919 marschieren als Zeugen auf, und können ungehindert stundenlange Gleichschaltungsversuche unternehmen, indem sie mit patriotischer Wut gegen Frankreich, die kleine Entente, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten losziehen. Lang und breit werden bisher anscheinend noch zu wenig ausgebeutete Märchen der ungarischen Revisionspropaganda erzählt. Es wird die alte Lüge von neuem aufgewischt, daß die Slowakei und Siebenbürgen gegen den Willen der Siegermächte unrechtmäßig besetzt wurden. Die Revisionspropaganda will von dem in Rom freipierten Revisionsrat auf den hinkenden Gaul der „unrechtmäßigen Besetzung“ umfahnen. Die von dem unsichtbaren Gleichschaltungsapostel A n t a l dirigierte Presse- und Propaganda gibt jeden Laut der Ministerzeugen aus der Karoliregierung wieder, die aber seit 15 Jahren verfolgt wurden, in keiner Versammlung, sprechen und keine Zeile in einer Zeitung schreiben durften.

Wenn der Präsident des Gerichtes hier und da den Angeklagten R a k o s i für sein mutiges Verhalten nicht zur Ordnung rufen, und mit Dunkelartre drohen würde, würde man es gar nicht bemerken, daß der Prozeß Rakosi verhandelt wird. Fast kein Wort wird über Rakosi oder über seine „Missetaten“ gesprochen.

Weder die Anklage, noch der Staatsanwalt, noch der Vorsitzende können dem Angeklagten die sogar im Konterrevolutionären Sinne winzige „Strafbare Handlung“, die er persönlich begangen hätte, vorkhalten, oder gar beweisen.

Die eigentliche Anklage gegen Rakosi stützt sich auf die historische U n w a h r h e i t, daß die Kommunisten und die Räteregierung am 21. März 1919 mit G e w a l t die Macht an sich rissen. In Wahrheit ist die Regierung Karolys zurückgetreten, hat die Macht den sozialistischen Parteien übergeben. Es wurde die in der damaligen Situation unabwendbare Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten gebildet. Gewalt anzuwenden war g a r n i c h t m ö g l i c h. Alles drängte sich zu den Sozialisten. Militär und Polizei schlossen sich mit Begeisterung noch vor der offiziellen Proklamierung des neuen Regimes der Räteregierung an. Nicht ein Tropfen Blut floß bei der Übernahme der Macht. Gelle Begeisterung herrschte überall. Allerdings eine n a t i o n a l b o l s c h e w i s t i s c h e Begeisterung. Und sie dauerte nur einige Tage.

Das ändert aber nichts an den Tatsachen. Es wurde keine G e w a l t angewendet. Und noch weniger konnte Rakosi Gewalt anwenden. Er verließ doch erst am 21. März s p ä t a b e n d s das Gefängnis und ging zu seinen Verwandten. I n z w i s c h e n hatte aber schon die neue Regierung die M a c h t ü b e r n o m m e n. Rakosi lag erst in den Morgenzeitungen, was vorgegangen war, und auch seine Ernennung zum Stellvertreter des Volkskommissars.

Weiter wird Rakosi wegen der Standrechtsverordnung der Regierung, dann wegen des Gesetzes über die Revolutionstribunale, wegen Ernennung S z a m u e l s zum Obmann der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und endlich wegen der Sozialisierungsmaßnahmen angeklagt.

Es ist schon ungeheuerlich, nach 16 Jahren diese unsinnige Anklage zu erheben. Aber noch unsinniger und bestialischer ist es, den Prozeß durch das Schnellgericht verhandeln zu lassen. Vor zehn Jahren stand Rakosi vor demselben Gericht. Kein Wort fiel über seine Tätigkeit als Funktionär der Räteregierung. Man verurteilte

Ihn wegen kommunistischer Umtriebe — er wollte die kommunistische Partei reorganisieren — zu acht Jahren Gefängnis. Er verbüßte die Strafe. Man hielt ihn ungeschicklich ein weiteres Jahr im Kerker. Die Anklagebehörden hatten also reichlich Zeit, den Prozeß vorzubereiten. Und doch wird das Schnellgericht eingesetzt. Die Verteidigung hat dadurch nur einige Tage Zeit zum Studium der Tausende Seiten umfassenden Prozeßakten.

Angeschlagene und Zeugen erinnern sich natürlich nur sehr mangelhaft an manche wichtigen Einzelheiten der bewegten Tage. Nur zeitgenössische Historiker könnten vielleicht auf Grund von Dokumenten alles klären, was in diesem von den Terroristen und Marschler Edelmenschen angelegten Prozeß zur Sprache kam.

Bezeichnend für die Prozeßführung in dieser Beziehung ist folgende Episode:

„Sie haben in der Sitzung des Regierungsrates“ — fragt der Präsident den Angeklagten, um ihn für die Einlieferung der Kriegsverbrecher und Konterrevolutionäre verantwortlich zu machen — „den Zwischenruf gemacht: meine Zelle ist schon gut für Szigerényi“.

„Da hätten Sie mich, im Jahre 1925 fragen müssen“ — erwidert Kaloßi — „damals hätte ich mich vielleicht an diesen so „wichtigen“ Zwischenruf noch erinnert. Aber nach 16 Jahren kann man Zwischenrufe nicht in Erinnerung halten.“

Tatsächlich hat man nicht nur Zwischenrufe, sondern auch wichtigere Einzelheiten vergessen. Die Verteidigung ist auch nur mangelhaft unterrichtet. Sie konnte die Akten nicht durchlesen, noch weniger mit den Zeugen sprechen, die in der Verbannung leben und über manche Dinge besser unterrichtet sind.

Kaloßi wird z. B. wegen des Standards rechtes angeklagt. Das Standard wurde am 21. März 1919, spätabends, in der konstituierenden Sitzung der Regierung beschlossen, und am 22. März in den Morgenstunden schon verhängt. An dieser Sitzung nahmen nur die Parteivorstandsmitglieder der beiden Parteien teil. Kaloßi war aber weder bei den Kommunisten, noch bei den Sozialdemokraten Mitglied des Parteivorstandes. Er, wie auch andere Personen, die an diesem Abend ernannt wurden, wurden der Sitzung nicht beigezogen. A. a. Julius Gevési, Anton Dovezal, August Stefan, Arthur Kiliés, Stefan Ladai, Kaloßi usw.

Wie kann man jemand wegen des Beschlusses einer Sitzung anklagen, zu welcher der Betreffende nicht eingeladen, bei der er nicht anwesend war? Ja, er wurde in der Stunde der Beschlussfassung noch gar nicht, daß man ihn zum Stellvertreter eines Volkskommissars ernannt hat.

In derselben Sitzung — also in Abwesenheit Kaloßis — wurde noch ein wichtiger Beschluß gefaßt. Die Regierung wurde bekanntlich aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt. Die Volkskommissare waren in der Mehrzahl Sozialdemokraten. Darauf beantragte Bela Kun, daß die Stellvertreter der Volkskommissare so wie in Rußland den Sitzungen des Regierungsrates beigezogen werden. Wilhelm Dörm stellte den Gegenantrag (um zu verhindern, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten majorisieren), daß die Stellvertreter an den Verhandlungen zwar teilnehmen sollen, aber bei der Beschlussfassung nicht mit-

stimmen dürfen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und blieb bis zum Sturz der Regierung in Geltung. Der Beschluß wurde auch protokolliert. Niemals haben die Stellvertreter der Volkskommissare in der Regierung bei Abstimmungen mitgestimmt.

Kaloßi war aber nur Stellvertreter des Volkskommissars. Er hatte in der Regierung kein Stimmrecht. Er kann also weder politisch noch juristisch für die Gesetze über die Revolutionstribunale oder für den Beschluß über die Vertrauenssammlung verantwortlich sein. Ebenfalls kann man ihn die Beschlüsse über die Sozialisierung in die Schuhe schieben. Die Gesetze hat die Regierung ohne seine Stimme beschlossen. Durchgeführt hat er diese Gesetze auch nicht. Er war ja bis April Funktionär im Volkskommissariat für Handel und Gewerbe und nicht im Kommissariat für Sozialisierungswesen — wie es die Anklage fälschlich behauptet. Das könnte der Herr Staatsanwalt sogar in den zeitgenössischen Zeitungen nachlesen.

Nichts bleibt übrig von der Infamie dieser Anklage als der politische Zweck der Prozeßführung. Er dient teilweise revisionistischen, teilweise antisozialdemokratischen und antisozialdemokratischen Zwecken und soll dabei die zahlreichen Feinde der Gömbösregierung einschüchtern.

Herr Gömbös kämpft mit großen Schwierigkeiten. Sein „Reformprogramm“ wird von

allen Seiten abgelehnt. Der hohe Klerus, Aristokraten, Bauern, Arbeiter, das Oberhaus, der mächtige Bethlenklub in seiner Partei, jeder natürlich aus anderen Gründen, nehmen Stellung gegen die getarnt faschistischen Schwindelreformen des Herrn Gömbös.

Gömbös ruft jetzt die Jugend zum Kampf gegen die Alten auf und manövriert auch mit dem Kaloßiprozeß. Den besitzenden Klassen will man mit dem Film des Prozeßes die bolschewistische Gefahr in Erinnerung bringen. Man soll den „Veseter Gömbös“ in seiner Arbeit nicht hören. Das A u s l a n d wird wieder betört durch die tausendfache Lüge, daß Ungarn Europa vom Bolschewismus gerettet habe. Und die Sozialdemokraten möchte man mit der Verleumdung einschüchtern, daß sie für die Aufsehung Ungarns verantwortlich sind. Nicht die magyarisierende Großgrundbesitzerpolitik, Freizeidungarns, nicht der Krieg, sondern ausgerechnet die Sozialdemokratie soll die Verantwortung für die Sünden der herrschenden Klassen tragen. In Ungarn selbst wird Herr Gömbös mit seinem Prozeß nicht viel Glück haben. Trotz aller Aufmachung bleiben der Prozeß und die oft wiederholten Lügen unbeachtet.

Aber ein wertvolles und unschuldigtes Menschenleben kann das Opfer dieser barbarischen Propaganda werden. Kaloßis Leben ist in höchster Gefahr. Man will ihn dem Henker ausliefern. Die zivilisierte Welt möchte durch einen Proteststurm verhindern, daß die ungarische Schandjustiz wieder einmal einen Justizmord begeht.

Der Notstand in den Grenzgebieten

(Fortsetzung von Seite 1)

freien Gewerkschaften verlangen deshalb vom Staat und von den öffentlichen Körperschaften die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Es wird anerkannt, daß in den letzten Monaten sich die verantwortlichen Stellen in der Staatsverwaltung bemühen, durch Einleitung öffentlicher Arbeiten und auf dem Wege staatlicher Lieferungen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Obwohl es sich zumeist um Arbeiten handelt, die nur Männern Beschäftigung in geringem Umfange bieten können, wird trotzdem mit Genugtuung anerkannt, daß man sich den staatlichen Stellen aufmerkamer als früher den Notstandsgebieten an den Grenzen der Republik zuwendet. Genau so dringend und unerlässlich ist es, den Opfern der Wirtschaftskrise durch

die Verbesserung und Sicherung der Unterstützungseinrichtungen

zu helfen. Dazu ist notwendig, daß den Selbstverwaltungskörpern durch entsprechende Maßnahmen wieder die Möglichkeit verschafft wird, im eigenen Wirkungsbereich Unterstützungssaktionen für die am schlimmsten betroffenen Opfer der Krise durchzuführen. Was sonst an Einrichtungen der Arbeitslosenfürsorge besteht, muß ausgebaut und vervollkommen und darf nicht durch bürokratische Kleinlichkeit in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt werden. Auch da ist manches in den letzten Wochen besser geworden.

Ausreichende Unterstützungssaktionen für die Notstandsgebiete, erhöhte Zuschüsse an Nahrungsmitteln, Zuwendung von Kohle und Beistellung von Kleidern und Wäsche in den schlimmsten Fäl-

len und eine umfangreiche Arbeitsbeschaffung sind die Aufgaben, zu deren Bewältigung im heurigen Krisenwinter die tschechoslowakische Staatsverwaltung mit allen zweckdienlichen Mitteln streiten muß. Gleichzeitig damit hätte endlich in der

Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche

ein entscheidender Schritt zu geschehen. Es ist für die Arbeiterschaft unerträglich und nicht erbitternd auf sie, daß sich die Industriellen in der Tschechoslowakischen Republik, die zur Linderung der Krisennot noch keine Abgaben übernommen haben, sich gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche spreizen, wenn damit neue Abmachungen in der Lohnfrage verbunden werden.

Ausreichende Unterstützungsmassnahmen aus staatlichen und öffentlichen Mitteln zur Linderung des maßlosen Elends, Arbeitsbeschaffung, obligatorische Arbeitsvermittlung und Einführung der 40-Stunden-Woche zur Bekämpfung der Beschäftigungslosigkeit, Erweiterung der produktiven Arbeitslosenfürsorge, das sind augenblicklich die Forderungen, deren umfassende Berücksichtigung die freien Gewerkschaften auf das nachdrücklichste verlangen. Unsere Gewerkschaften und deren Mitglieder fordern wir auf, überall für diese Forderungen einzutreten und für deren Durchsetzung alle gewerkschaftlichen Kräfte in Bewegung zu setzen. Dazu wurden in der Vollziehung der Zentralgewerkschaftskommission die notwendigen Beschlüsse gefaßt, die den Verbänden und den Kreisgewerkschaftskommissionen zugehen.

Nachspiel zum 25. Juli

Ein Wiener Hakenkreuzler vor Gericht

Wien. Vor dem hiesigen Gericht wurde am Freitag der Prozeß gegen Ing. Johann B l a s c h e eröffnet, der mit dem geistigen Führer des nationalsozialistischen Juliputschs, Adoelst Dr. B ä c h t e r in Verbindung stand und auch das Lastauto besorgte, mit dem die Aufständischen zu dem Gebäude des Bundeskanzlers fuhren. Ing. Blaschke ist ein 38jähriger Wiener und arbeitete in der nationalsozialistischen Bewegung bereits längere Zeit. Mit dem nationalsozialistischen Führern traf er sich im Deutschen Klub in der Hofburg, wo alle Putschvorbereitungen besprochen wurden.

Am 23. Juli erhielt der Angeklagte von Dr. Wächter den Auftrag, für den nächsten Tag 2 a f t a u t o s zu besorgen, die sich vor dem Gasthof „Bärmühle“ einfänden sollten. Für diese Aktion erhielt Ing. Blaschke von Dr. Wächter 50.000 (1) Schilling. Er besorgte tatsächlich neuen Lastautos, die jedoch von der angegebenen Stelle in die Garage mit dem Hinterrad zurückgeschickt wurden, daß die vorgesehene Arbeit auf den 25. Juli verschoben wurde. Auch Lastautos fanden sich nach den abgeänderten Dispositionen am 25. Juli vor der Turnhalle im 7. Bezirk ein. Ing. Blaschke fuhr in die Umgebung des Bundeskanzlergebäudes, wo er mit Dr. Wächter zusammentraf, dem er Meldung über die Ausführung des Befehles erstattete. Mit Dr. Wächter traf er an diesem Tage noch einigemal zusammen.

Der Angeklagte verteidigt sich dahin, lediglich die Aufträge der Führer der nationalsozialistischen Partei durchgeführt zu haben in der Meinung, daß die Autos für die Umsiedlung des Parteibüros (1) bestimmt seien. Die Anklage fordert nach § 58 und 59 des Strafgesetzbuches Lebenslänglichen Kerker. Insgesamt werden 29 Zeugen vorgeladen werden.

In Kürze

Budapest. Der Donnerstag ausgebrochen unterirdische Streik der fünfstelligen Bergarbeiter wurde Freitag nachmittags beendet. Die streikenden Arbeiter sind ausgefahren. Vermittlungsverhandlungen sind im Gange.

Bukarest. Nach Annahme der Demission des Finanzministers Viktor Slavescu wurde zum neuen Finanzminister der bisherige Justizminister Viktor Antonescu ernannt. Zum neuen Justizminister wurde der Staatssekretär Valerian Pop ernannt.

Belgrad. Die Studenten der hiesigen Universität haben sich Freitag in der Zahl von mehreren Hundert im Universitätsgebäude eingeschlossen und sind in den Hungerstreik getreten, durch welchen sie gegen die Einlieferung von 15 am 18. Jänner verhafteten Studenten protestieren wollen.

Belgrad. Bei Zusammenstößen zwischen nationalistischen und kommunistischen Studenten wurde ein Kommunist schwer verletzt. Er ist seiner Verletzung erlegen.

Wien. Amtlichen Nachrichten zufolge sind von insgesamt 27 Bundesstaaten in zehn Staaten Aufstandsstudie bezeichnet worden.

Die Rakete

Ein Kurzroman von Kurt Doberer

Es ist ein Sender, sint er, ehe ihm die Sinne wieder schwinden wollen. Aber das Wort hat ihn gepackt, der Gedankenkreis „Sender“ hält ihn fest. — Ein Sender, arübelt er weiter. Was will er denn? Er horcht auf gleichmäßige, rhythmisch klopfendes Geräusch. Es ist ein O, ein S. Was will er damit S und O und S, OS — OS — — Da fährt es plötzlich in einem Winkeln seines Gehirns auf: S, O, S, und wächst S, O, S. — brüllt ihm an S, O, S, und reißt ihm den Kopf hoch.

Schiff in Not. — Ströme von neuer Lebensenergie jagen durch seinen Körper. Schiff in Not, die Rakete in Not! Es ist die Beschleunigung, die uns wie Quaderstein zermalmen will! Ich muß die Teleapparate stoppen! Stoppen — stoppen, das ist sein einziger Gedanke, und er wächst zu übermenschlichem Willen.

Er wälzt sich aus dem federnden Gehänge. Er kriecht und schiebt sich über den Boden. Dort drüben am Schaltbrett ist der Hebel. Drei Zoll von der Hand Lord Merimeers. Aber dessen Finger liegen klein über den Augäpfeln. Das S, O, S war nicht in seine verunkelnde Gedankenwelt gedrungen. Da ist Johnny an der Wand. Zweimal verfuhr er sich aufzurichten, zweimal drückt es ihn wieder zusammen. Da zieht er sich Zoll für Zoll an Merimeer empör, taucht sich an dessen gestülptem Arm hinüber zum Hebel. Er erfährt ihn, und zusammenstürzend reißt er ihn aus den Klammern.

Johnny rieb sich den Schlaf aus den Augen. — Er mußte wohl einige Zeit so gelegen haben. Die gleichmäßigen Atemzüge von Lord und Lady Merimeer saßen ihm, daß ihre Ohnmacht einem pärlenden Schlaf gewichen ist.

Mit einigen leichten Bewegungen hatte er Merimeer aus dem Federgehänge gehoben und auf ein Lederpolster gelegt. Nun hielt er auch die Lady in seinem Arm. Es ist ihm, als hätte er sie eben vom Kreuz abgenommen. Wie bleich sie ist — Während er sie in den Armen hält, bringt der Blutstrom ihr wieder das Hellschwarz der Abhärtung durch Rückenwind und Gletscherwinde.

Wie sie atmet. Sie schläft ganz leicht. Wie schön sie ist — Und er darf sie küssen, er hat sie ja gerettet! — Du — da ist es ihm, als hätten sich ihre Augen geöffnet. Aber sie schläft doch wieder wie zuvor? Er hat ein Gefühl, als wäre er klein, ein Schäljunge.

Er ließ sie auf das Polster gleiten und war mit einigen raschen Schritten am Fenster: — Hier Johnny — haben Triebkraft gestoppt — Alles in Ordnung und gesund — Auch die Lady —

„Auch die Lady“, brummte der Empfangs-offizier auf Zentron. Dabei blickte er mit ein paar komischen Haken im Gesicht auf seinen Kollegen. „Na, über den Berg sind sie, das haben wir schon vor einer halben Stunde an der gleichmäßigen Geschwindigkeit der Rakete. Du kannst melden, daß nach Zuntspruch alles in Ordnung ist.“

Dann blickte er um sich und sprach leise weiter, so, als wenn er einen Lauscher fürchte. „Kommerad, Lord Merimeer ist, unter uns gesagt, ein Esel. Ja, hier unten — er, der berühmte, reiche und mächtige Gelehrte. Aber dort oben in der Rakete — sie, die lebenshungrige, geistreiche Frau und Johnny — der Held —

Wie der Schmetterling aus einer grossen Puppe kriecht, so ist dieser Johnny in den Sonnen-schein der Welt geflattert.“

Der Telegraph arbeitete fieberhaft. — Die Zeitungen überschwebten das Land mit Extraudruck. Die Zeitungsungen riefen die fetten, druckten Aufschriften durch die Strohen. — Die Rakete ist gestartet — Die Mitglieder der ersten

Expedition sind gerettet — An deren Stelle fliegen als zweite Besatzung Lord und Lady Merimeer und Johnny Hellar, ein Junker der Marine der Liga.

Und nun erzählten die Zeitungen in diesen engen Spalten die Ereignisse der letzten Stunden. Das wichtige Geschehnis hatte nun die beschleunigten Fernurmschnungen der Liga hinweggeleitet. Man erlebte jetzt erst in aufregenden Worten den Kampf der Flotte gegen die Nacht auf Zentron. Andere Blätter brachten die Bilder der Merimeers und Johnny Hellars. In persönlichem und persönlichem wurde geforscht und geböhrt.

Lord Merimeer war bekannt als der eiserne Mann der Forschung. Polar Expeditionen, Flüge zur Erforschung der Erdhöhe hatte Merimeer mit seinen Millionen finanziert. Immer sah der Unermüddliche als die Seele der Expeditionen in der Gondel der Flugschiffe. Er las die Instrumente, stellte Zahlen neben Zahlen, und nie zitterte seine Hand.

Man brachte Anekdoten von dieser Sicherheit im Arbeiten. Als sein Flugzeug mit gestörten Motoren in der Etwaölste lag, wurde es, ein Wunder, in letzter Minute durch ein Hilfsflugschiff gerettet. Da trat Lord Merimeer mit tiefstehenden Augen, aber leise lächelnd zum Kapitän des rettenden Schiffes und sagte nur: „Al right, fahren wir zurück. Ich habe die Papiere, und die Berechnungen sind fertig.“

Lady Merimeer war das Gegenteil ihres in der Formel aufgehenden Mannes. Exzentrisch, launisch, tollkühn war sie. — Aber das war nicht immer so. Sie war eine puritanisch und melancholisch erzogene Tochter gewesen, als sie Merimeer in sein Haus als Gattin führte. Sie dachte sich dies als einen Schritt zur Freiheit. Sie wollte mitleben und mitkämpfen an der Seite ihres Mannes. Sie wollte seine Gefährtin bei Forschung und Arbeit sein. Der Lord aber wies sie liebendwirdig aber bestimmt immer wieder zurück. Wie Archimedes dachte er: Stört mir meine Kreise nicht! Merimeer hatte Prinzipien. Frauen und wissen-

schaftliche Arbeit, da kommt manchmal etwas Interessantes, aber sicher nie etwas Genaueres heraus! Eine Frau kann Märtyrer, Prophet, Tröster einer Idee sein, aber nicht einer Forscher! Doch Merimeers Prinzip war die Berechnung, nicht das Experiment.

Wenn er dachte, daß sie seine Zahlen und Zeichen verstehen und lieben lernen sollte, dann lächelte er. Aber als sie wieder zu ihm kam, brachte er einen leichten Trümpf. Den er für sehr gut hielt. „Gewiß“, sagte er, „es gibt Frauen, die zugleich Gelehrte sind.“ „Und warum sollte ich keine solche Ausnahme werden?“ lächelte sie schüchtern. „Eh, das ist eine einfache Sache“, sagte er und streifte ihre leise über die Hände. „Weißt du, solche Gelehrte beraten sich nicht.“

Und nun suchte er sie abzulenken, so wie man ein Kind beruhigt. „Es steht eine Segelschachtel für dich im Hofen. Nimm Urlaub —. Meine letzten Berechnungen muß ich nochmals am Pol selbst —“

Da wurde Lady Merimeer über Nacht zu dem, was sie heute ist: exzentrisch und tollkühn! Sie hielt Hörsenrede im Flugzeug. Sie war die fühne Führerin der Atlantik Expedition im Landboot. Nun hatte die Erwelt sie zum Geleiter ihres Gatten im Projektal gewählt.

Und Johnny Hellar? Niemand hatte den Namen in der Welt der Wissenschaft gehört. Niemand kannte seine Vergangenheit. Eine deutsche Zeitschrift behauptete, unterrichtet zu sein, erzählte reichlich geheimnisvoll etwas von einem Ingenieur und Journalisten. Doch — wer er auch war, sehr war der Name Johnny Hellar auf allen Lippen.

Jeder kannte die Geschichte von „Johnny, dem Junker“ l. Wäter und Ritter, er hat euere Söhne vor dem Bahnhofs gerettet!“ Ichrie der „Wörter“ mit fetten Buchstaben in die Massen. Der „Demokrat“ bringt es in Miefenlettern wie ein Romantische „Johnny der Junker“ nicht bei Nacht und Nebel die Rakete durch die Flotte der Liga schleicht, so wären die Millionen umsonst gebohrt, die Pioniere der Idee wären umsonst gefallen!

(Fortsetzung folgt.)

Minister Beck über Polens Außenpolitik

Opposition von links und rechts

Warschau. Außenminister Beck hielt im Außenministerium des Sejm ein ausführliches Exposé, in welchem er sich über aktuelle außenpolitische Fragen äußerte. Der Minister wies einleitend auf die Festigung der heutigen Beziehungen mit Sowjetrußland hin und erklärte dann zum polnisch-deutschen Vertrag von 1934, daß dieser von einem aufrichtigen Friedenswillen durchdrungen, in dem verflochtenen Jahre seine Lebensprüfung in vollem Umfange abgelegt und sich auf allen Gebieten des täglichen Lebens der beiden Staaten ausgewirkt habe. Der Minister stellte sodann fest, daß die neuen durch Polen abgeschlossenen Verträge in keiner Weise die früheren Verpflichtungen Polens verletzen, was sich insbesondere auf die Bündnisverpflichtungen Polens bezieht. Der Minister berief sich auf den Besuch Minister Barthelemy, dessen Unterredung auf dem polnisch-französischen Bündnisvertrag vom Jahre 1921 figuriert. Der persönliche Kontakt mit den Leitern der Außenpolitik Frankreichs, der durch den tragischen Tod Barthou unterbrochen wurde, sei in dem gleichen Geiste mit seinem Nachfolger Laval auf Genfer Boden angeknüpft worden.

Den Schluß seines Exposés widmete der Minister den Beziehungen Polens zum Ostpakt-Projekt und zum römischen Pakt. Der Minister erklärte, daß Polen mit den Locarno-Verträgen eine schlechte Erfahrung gemacht habe, da die Lebensinteressen Polens nicht berücksichtigt wurden. Das Ostpakt-Projekt bildet keinen eigentlichen Ostvertrag, da die Probleme der östlichen Staaten in ihm nur ungenügend berücksichtigt werden. Die polnische Regierung müsse alle Details dieses Projektes studieren und darauf achten, daß die bisher von Polen gegenüber seinen Nachbarn erzielten Gewinne, welche eine reelle Stabilisierung der Beziehungen in Nordosteuropa bezwecken, keine Schmälerung oder keine Nachteile erfahren.

Seute wäre es vorzeitig, definitive Voraussetzungen betreffend den Abschluß der Verhandlungen über den Ostpakt zu stellen.

Der Gedanke der Verknüpfung aller Staaten des sogenannten Donaybeckens und ihre direkten und indirekten Nachbarn ohne Ausschluß irgend eines Staates durch einen gemeinsamen Vertrag, der die wohlwollende Zusammenarbeit und Befähigung der lokalen Erfahrungen bezwecken würde, wurde von der polnischen Regierung sehr patriotisch aufgenommen.

In der Debatte über die Rede des Außenministers Beck ergriff der Nationaldemokrat Abgeordneter Stronik das Wort, der den Nicht-angriffspakt zwischen Polen und Deutschland im Prinzip billigte, aber den Einwand erhob, daß die polnische Regierung diesen Pakt mit einem Schleier des Geheimnisses umhüllt habe, so daß die Vermutung entstanden sei, als ob zwischen Polen und Deutschland tatsächlich eine politische Zusammenarbeit bestünde. Weiter sprach Stronik sein Bedauern darüber aus, daß manche Bindungen Polens mit anderen Staaten gelockert wurden. Hinsichtlich des Ostpaktes ist der Redner der Meinung, daß sich Polen prinzipiell für die Teilnahme an diesem die Sicherheit organisierenden Werk entscheiden sollte. Als weiterer Redner sprach der sozialistische Abgeordnete Czajinski, der sich dagegen wandte, daß die polnische öffentliche Meinung über die Außenpolitik der Regierung nicht ausreichend informiert werde. Auch hinsichtlich der Annäherung an Hitlerdeutschland machte er Vorbehalte geltend.

Die Londoner Beratungen

Eine franco-britische Luftkonvention?

London. Freitag um halb 11 Uhr wurden die Beratungen der französischen Minister mit den britischen Ministern in Downing Street aufgenommen.

Der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Laval befanden sich in Begleitung des Generalsekretärs des Ministerpräsidentiums, des Gesandten Noel, des ständigen Botschafters in London, des Generalsekretärs des französischen Außenministeriums Léger und Corbin.

Britischerseits nahmen an den Verhandlungen Ministerpräsident MacDonald, der Lordvizepräsident des Geheimen Rates Baldwin, Außenminister Sir John Simon und Lord-Schatzkanzler Eden teil.

Paris. (Sch. P.-B.) Die ersten Berichte der Sonderkorrespondenten der Pariser Blätter aus London lauten fast durchwegs optimistisch.

Der Korrespondent des "Paris Soir", Jules Sauerwein, referiert über den großen Fortschritt, der in der öffentlichen Meinung Großbritanniens zu beobachten ist. Die öffentliche Meinung Englands, schreibt Sauerwein, hat sich in letzter Zeit aus der Gefangen-

Leibwäsche keimfrei kochen!

Nicht nur in der Krankenwäsche — auch in der Leibwäsche des Gesunden finden sich Keime und Bakterien. Bei jeder Wäsche muß man sie restlos vernichten, damit sie nicht gefährlich werden. Darum: RADION für alle Leibwäsche. Denn erst in der kochenden RADION-Lösung, in der Millionen feinsten Sauerstoffbläschen die Wäsche durchströmen, wird sie wirklich keimfrei gewaschen.

Saubere Wäsche — auch keimfrei — im Winter doppelt wichtig! Wenn die Sonne und damit die hygienische Wirkung ihrer Strahlen auf Körper und Wäsche fehlt, hilft RADION: es wäscht

HYGIENISCH EINWANDFREI



RADION
wäscht allein!



Görings Reise ein Mißerfolg

Pilsudski will erst die Ergebnisse von London abwarten

Paris. Der Warschauer Korrespondent des "Echo de Paris" und des "Daily Telegraph" teilt zu der am Donnerstag stattgefundenen Unterredung des Marschalls Pilsudski mit dem preussischen Ministerpräsidenten General Brüning mit, daß der letztere mit dem Marschall die Möglichkeit eines Zusammentreffens desselben mit dem Reichkanzler Hitler besprach. Pilsudski lehnte es aber ab, schon jetzt irgendwelche verbindende Beschlüsse zu treffen. Seine Entscheidung werde voraussichtlich von den englisch-französischen Besprechungen in London abhängen.

Fast alle Kommentare stimmen, wie der Korrespondent berichtet, darin überein, daß der Tagausflug Görings mit einem Mißerfolg geendet hat.

Die Genfer Richtlinien für die Arbeitszeit-Debatte im Juni

Genf. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß, daß die im Juni d. J. tagende internationale Arbeitskonferenz die Fragen der Weltbeschäftigung der 40-jährigen Arbeitswache auf folgende Industriegebiete beraten sollte: Essentielle Arbeiten, Bauten, Glas, Stahl, Eisen und Kohle.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

„Volksgemeinschaft“ in Einsiedl

Unterschlagung, Schlampererei und Gewissenlosigkeit ruinieren die Gemeinde

Das Städtchen Einsiedl im Bezirk Ratrienbad zählt nicht ganz tausend Einwohner und unter diesen nur einige Tschechen und keine Nazis. Bekannt ist es durch das Kloster der Schulschwester „de Notre-Dame“ und im vergangenen Jahre durch die bekannte Fabrikaffäre geworden. Im Zusammenhang mit dieser Affäre bekam Einsiedl eine Verwaltungskommission, durch die nunmehr, ohne daß sie selbst etwas dazu beigetragen hätte, die ungeheuerlichen Zustände, die man sich in einer Gemeinde vorstellen kann, aufgedeckt wurden. Die Verwaltungskommission revidierte die Gemeindefinanz und ließ die ganze Wirtschaftsgeldbarung der Gemeinde überprüfen. Diese Revision aber wäre an und für sich ganz ergebnislos verlaufen, wenn ihr nicht der Gemeindefunktionär einen Ruf beigegeben hätte, der ihr kaum zukam; er bekam Angst vor dieser Revision und lief in seiner Verzweiflung, lange bevor sie abgeschlossen war, zur Staatsanwaltschaft in Eger und legte dort das Geständnis ab, daß er die Stadt Einsiedl jahrelang bestohlen habe. Wieviel er gestohlen hatte, konnte er nicht mehr angeben; jedenfalls aber ist es eine sehr hohe Summe. Die Verwaltungskommission forschte nun weiter und kam darauf, daß die Schulden der Gemeinde weit höher ausgewiesen waren und mehr als eine halbe Million ausmachen. In einer Einwohnerversammlung, die am vergangenen Sonntag stattfand, wurde u. a. angefragt, wofür das Gemeindevermögen unter der früheren Gemeindevertretung verschwunden sei, wieso die Gemeindefinanz bei

der Raiffeisenkasse im Vorjahre mit 40.000 Kč und heuer mit 120.000 Kč angegeben wurde, usw. Als einer fragte, warum man in der Gemeinde keine Bücher geführt habe, meinte der Amtsbürgermeister Hudl: „Das war schon immer so!“ Er selbst hat bei der Amtübernahme auch nicht erfahren, wer Gläubiger und wer Schuldner der Gemeinde ist. Darüber wurden keine Aufzeichnungen gemacht, sondern der Ortspolizist ging am Jahresende mit seiner Trommel von Haus zu Haus, schlug einen Wirbel und rief: „Wer der Gemeinde etwas schuldig ist, der zahle und wer etwas von ihr zu fordern habe, der verlange sein Geld!“ So wurden Gläubiger und Schuldner ermittelt bis anno 1934. Nun wird man den Wald — nämlich den deutschen Wald — und die Mühe verkaufen, um die Gemeinde vor dem Bankrott zu retten, dem sie durch die deutschen Volksgemeinschaftler zugeführt wurde.

Arbeitergeld geraubt

Frecher Einbruch im Turner Unionshaus

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag haben Einbrecher im Hause der Union der Bergarbeiter in Turn gewütet und Gelder, die für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung vorbereitet waren, gestohlen. Das Diebstahlsverbrechen hat sich wahrscheinlich in den Abendstunden in das Haus eingeschlichen und, nachdem alle Kassen geschlossen waren, mit feiner verdrähter Arbeit begonnen. Im zweiten Stock haben sie eine Kasse der Union der Bergarbeiter aufgerissen, in der aber nur ein Betrag von 338,10 Kč enthalten war, außerdem nahmen sie Dreifmartern im Betrage von 650 Kč mit. — Sämtliche Schließfächer der Schreibtische wurden geöffnet und der Inhalt auf den Fußboden geworfen. — Dann haben sie dem ersten Stock einen Besuch abgestattet und dort eine Kassa der Bergarbeiter aufgerissen, in der aber nur 68.— Barygeld enthalten waren. Damit waren die Diebstahlsverbrechen nicht zufrieden und sie versuchten die Tür zum Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterverbandes mit Stemmzweilen zu öffnen, nachdem dies nicht gelang, haben sie eine Türöffnung herausgeschnitten und sind durch diese in die Kassenräume eingedrungen. Hier haben sie die Kassa aufgerissen und es fiel ihnen ein Betrag von Kč 18.648,35 in die Hände. Auch im ersten Stock haben sie die Schreibtische geöffnet und den Inhalt der Schließfächer auf dem Fußboden herumgeworfen. Im Metallarbeitersekretariat wurden sie wahrscheinlich durch Geräuschwerkzeuge zurückgelassen. Die Erhebungen der Polizei und Gendarmerie sind im Gange.

Sie teilen schon das Fell des Bären. Zwischen der Sudetendeutschen Heimatfront und dem Herrn Dr. Kofsch finden schon seit längerer Zeit Verhandlungen statt, um Kofsch für die Kleinrenten zu gewinnen. Die SZP wollte dem Kofsch ein Mandat sichern, aber damit gab sich dieser nicht zufrieden. Er will vielmehr, daß ihm Henlein — die Vizepräsidentenstelle im Abgeordnetenhaus sichere. Politischer Fasching 1935.

Die Ingenieurkammer auf sonderbaren Wegen

Ankurbelung der Wirtschaft durch Senkung der Arbeiterlöhne!

Wie wir der „Bohemia“ entnehmen, hat der bekannte Ingenieur L. Karpe in Leptih-Schönau auf Grund der Anregung des Präsidenten und anderer Vorstandsmitglieder der Ingenieurkammer einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Ankurbelung der Wirtschaft zum Zweck hat und der auf vier Zeitgedanken beruht. Wir begnügen uns den Zeitgedanken Nummer eins bekannt zu geben, in dem es nach dem Titel der „Bohemia“ heißt: „Die Arbeitslosen der Zukunftsgebiete erklären Besätze müßten vorerst zum halben Lohn arbeiten.“

Zunächst bemerken wir dazu, daß es wahrscheinlich auch arbeitslose Ingenieure geben wird, bei denen wohl Herr Ing. Karpe keine Ausnahme machen wird und die er auch zur Hälfte des Lohnes arbeiten lassen wird. Ist das aber die Aufgabe der Ingenieurkammer und ihre Funktionäre, die Lebenshaltung der Ingenieure herabzudrücken? Die Herren sollten wahrhaftig andere Sorgen haben.

Dabei handelt es sich aber nicht nur um die Herabsetzung der Löhne der Ingenieure, sondern der gesamten Arbeiterschaft. In den letzten Jahren wurden die Löhne der Arbeiter derart herabgedrückt, daß heute bei Notstandsarbeiten die Menschen kaum mehr als 100 Kč in der Woche verdienen. Das scheint für den Herrn Ing. Karpe, der wahrscheinlich mehr verdienen wird als 100 Kronen in der Woche, noch zu viel zu sein und er will die Arbeitslöhne weiter herabdrücken. Mit solchen Rezepten, für die dem Herrn Karpe einzig und allein die Unternehmer dankbar sein werden, werden die Ingenieure die Wirtschaft nicht ankurbeln. Im übrigen wäre es Sache aller fortschrittlichen Elemente in der Ingenieurkammer, dem Herrn Ing. Karpe und seinen Hintermännern einmal die Meinung zu sagen.

Malypetr und Dr. Beneš

referieren dem Präsidenten

Prag. Der Vorsitzende der Regierung Jan Malypetr erstattete Donnerstag dem Präsidenten der Republik in Lán Bericht über die laufenden Regierungsgeschäfte.

Freitag empfing der Präsident der Republik den Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Eduard Beneš

Die Verhandlungen mit der österreichischen Handelsdelegation

Prag. Die am Mittwoch nachmittag begonnenen Verhandlungen der tschechoslowakischen und der österreichischen Handelsdelegation wurden am Donnerstag und am Freitag in je zwei Sitzungen, einer Vor- und einer Nachmittagsitzung, fortgesetzt. Es wurde das gesamte einschlägige Material behandelt und in einer Reihe von Fragen eine Annäherung erzielt. Die Verhandlungen werden in vollkommenem freundschaftlichem Geiste geführt. Am morgigen Samstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Gleichzeitig wird eine Diskussion zwischen den Vertretern der tschechoslowakischen und der österreichischen Nationalbank über die Märgung der Zahlungsbilanz im gegenseitigen Verkehr geführt.

Ministerrat

Frage. In der am Freitag nachmittags stattgefundenen Sitzung des Ministerrates wurde der Bericht des Personalkomitees der Minister erörtert. Auf Grund dieses Berichtes wurden die Anträge auf Beförderung, respektive Ernennung von Staatsangestellten in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung zugleich mit den damit verbundenen Personalregelungen behandelt und genehmigt.

Infolge des Umfangs des behandelten Stoffes konnte die Tagesordnung der Sitzung nicht erledigt werden, weshalb die Sitzung des Ministerrates am Montag, den 4. Feber, fortgesetzt werden wird.

Bemerkenswerte Rede Hodzas

Gegen das Finanzkapital — für Landwirtschaft.

Ueber die Rede, die der Ministerpräsident Malypetr in der Konferenz der tschechischen Agrarier dieser Tage gehalten hat, haben wir schon berichtet. In derselben Sitzung sprach Minister Dr. Hodza, der sich vor allem mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigte. Er sagte unter anderem:

Es handelt sich vor allem um zwei Dinge. Es ist notwendig, das neue Verhältnis der Landwirtschaft zum spekulierenden Finanzkapital festzusetzen und zu regeln. Aus diesem neuen Verhältnis zum überwindenen kapitalistischen Individualismus und bei Ablehnung des Grundgesetzes vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfließt daraus selbstverständlich der Umbau der Produktion und ihrer Verwertung entsprechend einer zweckmäßigen Landwirtschaft. Wenn wir nicht wollen, so sagte der Minister, „dass das Geld an sich Ziel ist, dann heißt das in der Praxis, dass seine Aktionen nicht von einseitigen Rücksichten auf den individuellen Gewinn und auch nicht auf die Hoffnung auf diesen Gewinn geleitet sein dürfen. Es ist eine historische Mission des Landwirtes, als „Rechts- und Konsolidierungselement“ sich in Bezug auf seine Produktion mit dem Kapitalismus auseinanderzusetzen.“

In der Bodenreform hat sich der Landwirt mit der Großgrundbesitzerklasse ausgeglichen und hat sie durch eine Arbeitsernte erledigt. Wir führen unseren Kampf gegen das Finanzkapital in seiner heutigen Form zu dem Zweck, um das Kapital seiner ursprünglichen Aufgabe zurückzugeben. Damit also nicht die Produktion sklavisch dem Kapital dient, sondern damit wir das Kapital in den Dienst der Produktion, der Arbeit und des wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Fortschrittes stellen. Unser Genossenschaftskapital ist bereits ein solches Arbeits- und Produktionskapital. Im Gegensatz zu dem Monopol und der ersten Versuch um die Orientierung des Finanzkapitals beim An- und Verkauf unternommen, und zwar in der Weise, dass die Absatzpflicht und feste Preise nicht nach einseitigen kapitalistischen Interessen angeordnet wurden, sondern in Harmonie mit den Produktions- und sozialen Interessen. Der Versuch ist im allgemeinen gelungen. Auch in der Viehprouktion muß der Preis mit dem Produktionsaufwand in Einklang gebracht werden. Wir beantragen für die Viehverkehrsgeellschaft ein Einfuhrmonopol und wollen damit die unangemessenen Gewinne für das Allgemeinwohl aufheben.“

Die Rede Hodzas ist sehr beachtenswert, zeigt sie doch, daß es dem Landwirtschaftsminister, welcher die wirtschaftlichen Fragen mit großem Eifer studiert, ernst ist mit dem Abbau der freien kapitalistischen Wirtschaft und mit dem Uebergang zur Landwirtschaft. Dadurch ist eine Grundlage gegeben zur weiteren Zusammenarbeit von Agrariern und Sozialdemokraten auf wirtschafts-politischem Gebiete.

Wirtschaftsplanung

in der Landwirtschaft

Frage. Im Sozialen Institut des Ministeriums für soziale Fürsorge sprach Donnerstag über das obgenannte Thema der Ministerialrat im Landwirtschaftsministerium Dr. Ing. Eduard Reich. Dem sehr interessanten Vortrag entnahmen wir: In unserer Landwirtschaft liegt heute das Prinzip der Planung, welche die Erzeugung vor allem nach den Bedürfnissen des Inlandmarktes reguliert, die Produktionsstendenz ändert und die Erzeugung reorganisiert, um die Rentabilität zu erneuern und der gesamten Wirtschaft zur allseitigen Belebung zu verhelfen. So gelangt man zur Beschränkung der Getreideanbaufläche, zur Propagierung der Erzeugung von mehr Futtermitteln, ölhaltigen Produkten und Erbsen. Die landwirtschaftliche Akademie hat diese Probleme studiert und die Vorschläge zur Regulierung der Getreideproduktion erlassen. Sie schreitet jetzt zu einer Enquete über die Viehproduktion.

Die Regelung des Abfahres würde nichts helfen, wenn sie nicht durch eine Regelung der Produktion unterbaut werden würde. Bei der Durchführung kommen zwei Richtungen in Betracht. Die Beschränkung der Anbauflächen und der Viehbestände, andererseits die Kontingente. Die Festsetzung des Preisniveaus muß der Kaufkraft der Konsumenten entsprechen. Besondere Rücksicht muß auf die Kleinlandwirte mit Grund bis mindestens zwei Hektar genommen werden, denn die Beschränkung ihrer Dispositionen könnte unangenehme Folgen für ihre wirtschaftliche Situation haben.

Deutsches Flugzeug abgestürzt

11 Tote

Berlin. (DNB.) Donnerstag verunglückte das Streckflugzeug der Deutsch-russischen Luftverkehrsgeellschaft „Derulust“ bei dem Versuch, auf dem Flughafen Stettin zwischenzulanden, an den Höhen von Bodjuch. Hierbei kamen außer der dreißigjährigen Besatzung, die aus Flugkapitän Westphal, dem Funker Kühne und dem Maschinisten Zimmermann bestand, acht Fluggäste ums Leben.

Die Namen der Toten sind: Freiherr Marshall von Viberstein (Königsberg), Dr. Lang-Danzig (Langfuhr), Fräulein Klein (Danzig), Sonntag (Danzig), v. Schulz, Mohde (Königsberg), Rabelsdorff (Berlin) und Victor (Bremen).

Die Maschine wurde gestern nachmittags um 16 Uhr planmäßig in Danzig zum Flug nach Berlin gestartet. Infolge des hart unächtigen Wetters sah sich der Führer veranlaßt, Stettin anzufliegen, von wo aus er funkttelegraphisch gewarnt wurde. Das Flugzeug meldete um 18 Uhr 17 seine Flughöhe mit 400 Metern, 18 Minuten später bejahte der Funker, daß die Flughöhe 220 Meter betrage; gleichzeitig teilte der Funker mit, daß sich die Maschine in den Wolken befände und die Antenne verleihe.

Die letzte Funkmeldung wurde um 18 Uhr 38 gegeben und gab eine Flughöhe von 150 Metern an. Der Unfall selbst ereignete sich kurz vor 19 Uhr, an den etwa 130 Meter hohen Höhen bei Bodjuch.

Tagesneuigkeiten

23jähriger zum Tode verurteilt!

Wien. Das St. Pöltener Schwurgericht verurteilte Donnerstag den 23jährigen Hilfsarbeiter Fr. Strachmeyer zum Tode durch den Strang. Strachmeyer hatte seiner Geliebten auf der Straße aufgelauert und sie durch Messerstiche in die Brust und in den Rücken lebensgefährlich verletzt. Die Verate bezeichneten es als ein Wunder, daß sie trotz der erlittenen schweren Verletzungen mit dem Leben davonkam.

Hundstage in Buenos Aires und Rosenblüte in der Bretagne

Buenos Aires. Seit einigen Tagen ist die Hitze in Buenos Aires fast zur Unersitzlichkeit gestiegen. Am Donnerstag war die höchste Temperatur seit nicht weniger als 78 Jahren zu verzeichnen. Das Thermometer zeigte Plus 40,3 Grad Celsius im Schatten.

Paris. Während in fast ganz Frankreich strenges Winterwetter herrscht, zeigt die Süd-Bretagne ein frühlinghaftes Aussehen. Hier blühen allenthalben die Mimosen, und in vielen Gärten hat sogar schon die Rosenblüte begonnen.

19 km-Tunnel durch den Mont Cenis?

Paris. Drei savoirdische Abgeordnete legten der Deputiertenkammer einen Antrag vor, in welchem der Bau eines Strohtunnels gefordert wird, der in einer Höhe von über 1000 Meter durch den Mont Cenis führen soll und Chamoni mit dem italienischen Aosta verbinden würde. Die Länge des Tunnels würde 19 Kilometer betragen. Die Baukosten von etwa 400 Millionen sollen zwischen Frankreich und Italien aufgeteilt werden. Durch den Bau des Tunnels würde die Verbindung zwischen Paris und Rom eine erhebliche Erleichterung und Beförderung erfahren, bei den Herstellungskosten könnte eine große Anzahl Arbeitslose beschäftigt werden und ein neuer Touristenstrom würde sich vom Norden nach dem Süden ergießen.

Torpedo als Bumerang

Paris. (DNB.) Das französische Torpedoboot „Uranaga“ hat sich beim Uebungsschießen auf der Höhe von Brest selbst einen Torpedo ins Heck geschossen. Der Torpedo, bei dessen Einstellung Fehler gemacht worden waren, beschrieb eine große Schleife, schlug Steuerbordachtern ins Torpedoboot ein und blieb einen Meter unter der Wasseroberfläche 80 Zentimeter tief im Kumpf des Bootes stecken. Das Boot machte sofort die Schotzen dicht und konnte mit eigener Kraft in den Hafen von Brest einlaufen, wo es im Trockendock einer Reparatur unterzogen werden wird.

Denkmal des „Abdomob miz“ von polnischen Nationalisten beschädigt

Wrag. In der Nacht vom 30. auf den 31. Jänner d. J. hat ein unbekannter Täter das Denkmal beschädigt, das in der Gemeinde Konka bei Tinec zum Andenken an den 100. Jahrestag der tschechoslowakischen Nationalbewegung errichtet wurde. Es wurden 30 tiefe Einschnitte von Art- und Größe festgestellt. Nachdem er das Denkmal beschädigt hatte, hängte der unbekannte Täter ein weißes Papier, auf dem von ungeübter Hand mit roter Tinte in polnischer Sprache die Worte „Ich verrate das Land nicht“ geschrieben waren, auf das Denkmal. Die angeführten Worte sind der Anfang eines bekannten polnischen Nationalliedes. Nach den Tätern wird eifrig gefahndet.

Bozu der Herr Rektor Ruhe hat! Auf die Rundfrage eines Prager Blattes nach dem besten Buch des Jahres 1934 sind sämtliche drei Universitätsprofessoren, die sich äußerten, einer Antwort ausgewichen. Darunter

auch der Rektor Großer. Er habe, so schrieb er, zu viel zu tun gehabt.

Aber auch sachlich bedauerer ich, Ihren Wunsch nicht erfüllen zu können, mir bleibt zu wenig Ruhe...

Also zum Bücherlesen hat das Haupt der Prager Deutschen Universität keine Ruhe. Wo zu aber hat er Zeit? Nun, um im Deutschen Haus ein Konzert der Sinfoniekapelle zu besuchen! Ueber dieses Konzert schreibt die „Bohemia“ unter anderem:

Das geistige Konzert war von der Begleitparteileitung der SDP im alten Kommerzial aufgemacht worden, man sah bei vier an neun langen Tischreihen, auch auf dem Balkon war kein Stuhlplatz freibleiben. Eine Ansprache des Begleiters Dr. Radler eröffnete das Konzert, wobei unter stürmischem Beifall auch die beiden Direktoren Dr. Großer und Dr. Cimil begrüßt wurden.

Das spricht politisch und kulturell Bände über den Geist an unseren deutschen Hochschulen und in den Köpfen ihrer ersten Männer!

Eine Betrügerbande in Bissen verhaftet. Die Pöltener Polizei ermittelte und verhaftete eine Gruppe von Personen, die in raffinierte Weise die Gläubiger von Exekutionschuldnern schädigten. Die Gläubiger wurden vom Gerichtsvollzieher unrichtig über den Tag informiert, an welchem die exekutiv beschlagnahmten Gegenstände in öffentlicher Versteigerung verkauft werden sollten. In der Versteigerung fand sich ein richtig informiertes Mitglied der Gruppe als Interessent ein, das die Gegenstände zum niedrigsten Preise erkaufte und sie dann den exekutierten Schuldnern überließ. Wegen Beteiligung an diesen Manipulationen wurden der 51jährige Gerichtsvollzieher Alois Zordó, der des Mißbrauches der Amtsgewalt beschuldigt wird, ferner der 63jährige Kaufmann Alois Jedlo und der 55jährige Trödler Josef Chaloupka verhaftet. Alle wurden in Polizeigast genommen. Der Fall wird weiter untersucht.

Vier Tage ohne Post. Die Ueberseeschwemmungskatastrophe in Thrazien, die zu einer Unterbrechung der Eisenbahnverbindung zwischen der Türkei und dem übrigen Europa geführt hat, hat für die Türkei noch eine weitere Störung zur Folge, die nicht alltäglich ist. Seit vier Tagen ruht jeder Postverkehr zwischen Istanbul, einem großen Teil der Türkei und den Ländern West- und Mitteleuropas. An der bulgarisch-türkischen Grenze bei Svilengrad häufen sich Postkisten an hohen Stapeln, während auch in Istanbul die aus der Türkei ankommende Post nach Europa ansehwilt.

Grippe auch in Bularest. Die Bularestblätter berichten über eine starke Grippe-Epidemie, von der etwa 20 Prozent der Kinder betroffen wurden. Infolge dessen wurden viele Schulen geschlossen.

Der britische Dampfer „Tantschau“, ein 2104 Tonnen-Dampfer, hat eine Verpängung von 24 Stunden. Es werden Befürchtungen laut, daß das Schiff ein Opfer von Piraten wurde. An Bord des Dampfers befinden sich 70 englische Schüler, die in die birmese Schule führen. Britische Kriegsschiffe aus Weibahjoel haben die Nachforschungen aufgenommen.

Erdstöße im Bodenseegbiet. Am Donnerstag wurden im Bodenseegbiet, vor allem in Konstanz und Singen sowie am ganzen Untersee Erdstöße verspürt. Der erste Erdstoß erfolgte in Konstanz um 10,15 Uhr, ihm folgten in einem Abschnitt von 30 Minuten drei weitere Stöße. Während diese Beben leichter Natur waren, erfolgte um 13,39 Uhr ein weiterer harter Erdstoß, der mehrere Sekunden lang anhält und von einem starken unterirdischen Rollen begleitet war. In den Wohnungen kamen die Einrichtungsgegenstände ins Schwanken. Sachschaden ist, soweit bis jetzt festgestellt, nicht entstanden. Der Erdstoß am Nachmittag wurde auch in Freiburg verspürt.

Rassenkunde in der Schule. Ueber den Rassenunterricht an reichsdeutschen Schulen sind jetzt Richtlinien herausgegeben. Er soll jetzt schon in der Unterstufe beginnen. Geschichte, Kunstunterricht und selbst Singen sollen nach rassischen Gesichtspunkten erfolgen (1?). Die Schüler der Oberstufe sollen auch im Sinne einer rassischen einwandfreien Gattenwahl instruiert werden! Dem Schü-



ler soll beigebracht werden, daß „die wichtigste Eigenschaft eines Volkes seine Rasse“ sei (mit zitierten diesen Zitatwortlich). Die „Gefahr der Rassenmischung“ soll nachdrücklich dargestellt werden! Aus dem Rassengedanken sei die Ablehnung der Demokratie und „anderer Gleichheitsbestrebungen, wie Panuropa, Völkerverständigung und so weiter“ abzuleiten!

Goldtransport mit Hindernissen. Derselbe Pilot, der am vergangenen Samstag aus dem von ihm gesteuerten Flugzeuge auf dem Wege von Paris nach London eine Goldsendung verloren hatte, sollte Freitag die inzwischen wiedergefundenen Goldbarren im Flugzeug nach England bringen. Nahe der Stadt Boulogne für Mer bemerkte er aber dichten Nebel über dem Kanal La Manche und mußte notlanden. Er ließ die Goldsendung unter Eskorte in den Tresor einer Lokalbank schaffen, um erst gestern seinen Weg nach England fortzusetzen.

Eine aufregende Wildschweinjagd gab es dieser Tage in den Strahlen von Bad Kreuznach. Ein Schwarzkittel, der bei einer Treibjagd in der Nähe der Stadt angeschossen worden war, jagte durch die Felder und machte schließlich in einem Garten halt. Als drei Männer, die das Tier verfolgten, dieses in dem Garten fanden, versuchten sie, es einzufangen. Das Vorkontier griff aber seine mit Knüppeln bewaffneten Verfolger an und trieb sie in die Flucht. Die Männer konnten sich nur dadurch in Sicherheit bringen, daß sie einen Baum erreichten. Indessen rannte das Tier weiter. In einer Gärtnerei geriet es auf die Scheiben eines Treibhauses. Dann rannte es auf die Straße. Es fiel einen Kadsfahrer an, der von seinem Fahrrad sprang und sich Verletzungen zuzog. Das Plagen eines Kadsfahrers erschreckte das Tier durch den Knall und es rannte erneut davon. In einer anderen Straße rannte es wieder einen Kadsfahrer an. Ein Beobachter, der das Tier zu fangen versuchte, wurde von ihm zu Boden geschleudert. Erst als der Schwarzkittel Fußfucht in einer Lederfabrik suchte, konnte er eingekesselt und schließlich von den Arbeitern unschädlich gemacht werden. Drei Personen wurden bei dieser aufregenden Jagd verletzt.

Wahrscheinliches Wetter von heute. Seitteil der Republik: Unbeständig, vorwiegend bewölkt, zeitweise Niederschläge, Temperatur zunächst wenig verändert, später weitere Erwärmung. In den hohen Lagen Frost und Weststurm. Offiziell des Staates: Veränderlich, Schauer, Temperatur nahe Null. Wetterausichten für Sonntag: Windig und unbeständig, in den Niederungen mild.

Vom Rundfunk

An 700.000 Rundfunthörer in der Tschechoslowakei

Am 1. Jänner 1935 wurden in der Tschechoslowakei 693.496 Rundfunthörer gezählt. (In dieser Ziffer sind 4219 nichtzahlende Hörer enthalten.) Hieron entfallen auf die Vojvodirektion Prag 375.356, Barmubij 69.031, Brünn 115.994, Troppau 53.111, Pilsen 54.054, Raßchau 10.314 und Karpatenrußland 6824 Rundfunthörer. Im Dezember 1934 hieß die Hörerzahl um 24.443; in der gleichen Zeit des Jahres 1933 war ein Zuwachs von 18.610 zu verzeichnen. Im Jahre 1934 hieß die Hörerzahl im ganzen um 120.555. (PR)

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Sonntag:

Prag, Sender L: 7.30: Konzert aus Raßlau; 10: Violinkonzert, 11: Ratinke des Orchesters der Prager Sendestation, 13.45: Sozialinformationen, 17.45: Szenen aus Verdi-Opern, 17.55: Deutsche Sendung: Die Nummer läuft, Orchester aus dem Konzertsaal, 18.55: Deutsche Presse, 19.20: Dinaus ins Riesengebirge, 20: Uebertragung aus dem Smetanasaal: Verlobungsspiel, 22.20: Schallplatten: Mozart, 22.25: Sport und Presse, deutsch, 23: Naxosdecker. — Sender S: 14.30: Deutsche Sendung: Landwirtschaft, 14.45: Arbeiterkundung: Dr. Emil Strach: Drei Wochen in Sowjetrußland, 15: Parisch und grotesk. — Brünn: 17.45: Tanzmusik, 17.55: Deutsche Sendung: Stern: Ein Mann stürzt durchs Dasein, Ödörgan, 21: Musikalische Opern. — Pilsen: 16: Unterhalten der Radiohörerschaft, 17.30: Wiener tschechoslow. Gesangsverein.

„Ich kann im Augenblick nicht...“

Ein Schweigen, das Hände spricht!

Im „Daily Express“ berichtet Winifred Sorraime von einem Interview, das er mit dem berühmten Violonisten Fritz Kreisler hatte, der in der Londoner Albert-Hall ein Violinkonzert gab. Sorraime teilt mit, daß Kreisler, der aus Protest gegen die Rassepolitik des Dritten Reichs sich weigert, in Deutschland zu konzertieren, auf die folgende Liste der Nationalsozialisten gezeigt worden sei. Kreislers Vermögen, auch seine Bibliothek, liege in Deutschland fest; das Reich verweigere die Ausfuhr. Als Sorraime Kreisler um nähere Stellungnahme zu Hitlerdeutschland bat, erklärte der Künstler wörtlich: „Ich bitte Sie, das kann ich im Augenblick nicht. Meine Frau ist in dieser Stunde in Berlin. Sie muß sich einer Augenoperation unterziehen. Der einzige Mensch, der ihr helfen kann, wohnt noch dort. Ich muß sofort zu ihr hin. In solcher Situation — — muß man schweigen!“

Dieses Schweigen sagt alles!

Ein feiner Kammerherr. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet aus Stockholm: Eine äußerst peinliche Unterschlagungsaffäre wurde bei der Hofverwaltung des Prinzen Carl, einem Bruder des Königs, aufgedeckt. Der Kammerherr des Prinzen, Freiherr von Stiernstedt, ist in der Nacht zum Freitag von der Stockholmer Kriminalpolizei festgenommen worden. Die der Rechnungsbüro vorausgehenden polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Kammerherr des Prinzen sich sowohl an dem großen Vermögen des Prinzen, als auch an den Geldern der „Serafin“-Ordens-Kasse, die dem Prinzen Carl untersteht, vergangen hat. Die Veruntreuungen werden nach den bisherigen Feststellungen auf mehr als 82.000 schwedische Kronen geschätzt. Nach anderen Berichten soll es sich um etwa 99.000 schwedische Kronen handeln. Kammerherr Freiherr von Stiernstedt ist 51 Jahre alt und stand seit etwa zehn Jahren in den Diensten des Prinzen Carl von Schweden.

Die Kämpfe in Südamerika. Einer Meldung von der uruguayischen Grenze zufolge wurde ein uruguayisches Regierungsflugzeug abgeköstet, wobei der Pilot verwundet wurde. Die Regierungstruppen mußten den Rückzug antreten, da der Widerstand der Aufständischen sehr heftig war. Die aufständische Revolte eines Regiments in Montevideo wurde schnell unterdrückt. Die gut ausgerüsteten Aufständischen geben gegen Süden vor, der größte Teil der Armee scheint jedoch treu zu sein. In Montevideo wurden 2000 Personen verhaftet.

Die englische Wohnpolitik. Das Unterhaus nahm in zweier Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung ungesunder Wohnhäuser sowie den Bau von neuen gesunden und billigen Wohnungen für die Armen mit 201 gegen 46 Stimmen an.

Eine Arktis-Universität. In Leningrad wird binnen kurzem eine Spezialschule für die Erforschung der Polargebiete errichtet werden. Es ist dies die erste hydrographische Hochschule der Zentralverwaltung des Nordostkreises. Die Ausbildung wird sich auf fünf Jahre erstrecken und das praktische Studium der Navigation in Polargebieten, deren Geographie und die Lehrgangsfächer Navigation, Geodäsie, Astronomie, Meteorologie, Kartographie u. a. umfassen. In dieser Hochschule sollen Ingenieure und Hydrographen für Polarreisen herangebildet werden.

Der Meerestunnel von Europa nach Afrika

(AP.) Die Kommission, die die Vorarbeiten für die Untertunnelung der Meerenge von Gibraltar und die geologische Untersuchung des Meeresbodens zu bewerkstelligen hatte, hat in Madrid gesagt und ihre Forschungsergebnisse veröffentlicht, die so günstig sind, daß der Plan jetzt in das Stadium der praktischen Durchführung zu kommen scheint. Wenn Ansehen nach wird daher das riesige Projekt in Kürze begonnen werden. Schon vor 30 Jahren wurde einmal ein solcher Vorschlag gemacht. Damals wurde die Tunnelnahrung in einer Tiefe von 840 Metern vorgeschlagen, da man glaubte, daß die unterirdischen Schichten des Bodens dies nötig machten. Durch wurde der Plan von französischer Seite erzwungen. Das ist kein Zufall. Denn Frankreich hat ein großes Interesse an einer Eisenbahnschnellverbindung mit seinen afrikanischen Kolonien. Am Strömungspunkt würde sie für den Transport nach Schwarzem Meer von unvorstellbarer Bedeutung. Das jetzt vorwiegend zur Bewerkstelligung kommende Projekt kommt von dem spanischen Artillerie-Oberst Pedro Jencolis. Es sieht einen Tunnel von 26 Kilometer Länge — der Simplon-Tunnel ist 19 Kilometer lang — vor. Der Ausgangspunkt befindet sich 20 Kilometer von Tarifa. Von da wird der Tunnel in der Richtung auf Alcazar de Saguer und Punta Mares auf der afrikanischen Seite weitergeführt. In ungefähr 30 Minuten von Konstantinopel zum Kontinent werden die Schnellzüge fahren können. Man rechnet als Passagierzahl für das erste Jahr mit 700.000 Personen. Die tiefste Stelle wird nur 80 Meter unter der Meeresoberfläche liegen. Ein Durchsichern des Wassers ist nicht zu befürchten, da der Meeresspiegel sich an diesen Stellen aus absoluter Wasserdruck, den er nach den früheren Plänen in 840 Meter Tiefe hätte ausüben müssen, erzwungen würde. Die Kosten des Projektes werden auf eineinhalb Mil-

liarde französische Franken veranschlagt, d. h. etwa das Doppelte der Baukosten des Simplon-Tunnels. Man verspricht sich ein gutes Geschäft. Denn abgesehen von dem enormen Personenverkehr wird der Transport von Waren ganz gewaltige Ausmaße annehmen. Denn nicht nur für Spanien, sondern auch für Frankreich und England ließe sich nach dem Bau von transatlantischen Eisenbahnen der Handelsweg zwischen Kolonien und Mutterland erheblich verkürzen. Gibraltar würde dann den Schlüssel an das gesamteuropäische Eisenbahnetz herstellen und somit zur Pforte des Afrika-Handels und zum Ausfallort der europäischen Großmächte werden. Noch sind freilich Schwierigkeiten zu überwinden. Denn Spanien hat nicht die in ganz Europa übliche Spurweite der Eisenbahnen. Sie ist mit 1.676 Metern erheblich größer als die Normen-europäische von 1.435 Metern. Doch läßt sich das durch die Einführung verstellbarer Achsen beseitigen. Schwieriger ist noch die Internationalität des Unternehmens. Spanien und Frankreich wollen jedenfalls den Bau trotzdem schnell beschleunigen. Im Winter wurden 1933 schon Stimmen laut, die im Hinblick auf den bevorstehenden Bau die Meerenge von Gibraltar als internationales Gebiet erklärt wissen wollten. Dies würde internationale Vereinbarungen voraussetzen, allerdings zur Folge haben, daß der Tunnel im Kriegsfall stillgelegt werden könnte. Darüber ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Göring und Schleicher

Zwei Welten — zwei Wege

Die Unterredung, die Göring einem Vertreter des „Völkischen Beobachters“ gewährte und die in der deutschen Presse auffallend demontrativ veröffentlicht wurde, ist von mancher Seite als ein versteckter Angriff auf die Reichswehr gedeutet worden. Durchaus mit Recht!

Wir haben darüber berichtet, daß Göring sich sehr bemüht, Reichswehrminister zu werden, teilten aber nicht die Auffassung mancher Kreise, daß ihm dies gelingen wird. So sicher es ist, daß die Reichswehr im heutigen Deutschland noch nicht der entscheidende Faktor, sondern nur einer von vielen ist, so sehr ist doch andererseits anzunehmen, daß sie die Kraft besitzen wird, Göring auch weiterhin die kalte Schulter zeigen zu können, obwohl er noch immer einer der Mächtigsten, wenn nicht der Mächtigste im Lager des Nationalsozialismus ist.

Görings Angriff auf Schleicher war weniger gegen den toten General als gegen dessen lebende Truppe gerichtet. Mit Schrecken sieht Göring, daß es nicht viel Zweck hatte, am 30. Juni auch nach der anderen Seite auszuspringen, wo jene Kräfte standen, die aus der Schwächung der SA notwendigerweise neue Kräfte saugen und in ihrer innerpolitischen Bedeutung wachsen mußten.

Gegen den unklaren, utopistischen Rebellenhaufen handelte Göring als Exponent der Koalition Großgrundbesitz-Schwerindustrie und gegen Schleicher holte er unter denselben Gesichtspunkten aus. Wurde dieser General nicht von jenen Mächten gestützt? Gaben die Junker, als er mit seinen Lieblingsplänen hervortrat, nicht geschrien: „Agrarholismus“, und haben die Herren von Rhein und Ruhr nicht die „staatssozialistischen Experimente“ des Generals angegriffen? War dieser General nicht dabei, durch eine Aktienmanipulation entscheidenden Einfluß auf die Schwerindustrie zu gewinnen? Fried hatte seinerzeit gefagt, Papen habe gar nichts, aber Schleicher habe wenigstens 100.000 Mann hinter sich womit er sagte: die Reichswehr steht hinter Schleicher. In der Tat, nur als ihr Exponent konnte Schleicher Reichstanzler werden. Seine Politik war Reichswehrpolitik. Darum ist mit dem Mann nicht die militärisch notwendige Politik gefallen. Die Reichswehr muß bemüht sein, den am 30. Januar abgetrennten Fäden — den geänderten Verhältnissen entsprechend — wieder aufzunehmen. Göring und Schleicher sind zwei militärische Welten und zwei grundverschiedene soziale und politische Wege.

Bar Hammerstein am 29. Januar nicht bei Hindenburg, um diesen zu ersuchen, „mit Rücksicht auf die Wehrmacht kein Kabinett Papen oder Diller zu berufen“, sondern Schleicher im Amt zu belassen? Hat Schleichers Regierungsorgan, die „Tägliche Rundschau“, am 31. Jänner 1933, nicht geschrieben, Schleicher sei nur darum so schnell nach Papen gekommen, weil er befürchtete, „daß ein zweites Kabinett Papen die Reichswehr zwingen könnte, die Maschinenorgane zur Erhaltung überalterter Wirtschaftssysteme sprechen zu lassen“? Schleicher hielt seine Zeit noch nicht für gekommen und in diesem Punkt hat er sich nicht geirrt. Es handelte sich damals um den Kurs in Wirtschaft und Politik — und es geht im Grunde auch heute noch darum. Göring ist einer, die Reichswehr ein anderer Weg.

Man sprach in der Auslandspresse davon, Göring habe seinerzeit in der Krolloper die Ernennung Schleichers bedauert. Andere sagten, Diller habe dies getan. Das ist wahrscheinlicher, aber unmöglich ist es auch nicht, daß Göring diese Demütigung beging. Wäre es denn die einzige auf dem ihm eigenen Weg zur Macht? Vielleicht glaubte er so besser sein Ziel zu erreichen. Jetzt versucht er es wieder mit anderen Mitteln, und vielleicht ist die Unterredung schon so ein ähnlicher Wutanfall wie Görings Haltung vor dem

Ein Lautsprecher vor 2500 Jahren

Alles ist auf der Welt schon einmal dagewesen, und mag es noch so primitiv gewesen sein. In dem von Vergil besungenen Cumä in Süditalien hat man auffallendste Kunde gemacht. Im Altertum hatte in einer Felshöhle dort die cumänische Sibille ihre Orakelsprüche erteilt. Nach ihrem Tode aber war, wie die Alten behaupteten, ihre Stimme im Tempel des Apollon weiter zu hören, nur daß sie tiefer und kräftiger klang, was die abergläubische Sibille noch vergrößerte. Tausende kamen nach Cumä gepilgert, um sich Weissagen zu lassen, und zahlten dafür dem Tempel in Eisenbein, Juwelen, Perlen und Gold. Es war ein blühendes Geschäft, das Rätsel der Stimme aber konnte erst jetzt gelöst werden. Die Weissagen erklangen aus dem Munde einer Statue. In dieser Statue aber war ein richtiger Lautsprecher angebracht. Ein Rohr lief durch ihren Körper bis tief in die Erde hinein. Im unterirdischen Gang befand sich ein Pfeifer, der als Anlager in diesem antiken Lautsprecher funktionierte. Da nicht unrichtige Angaben zu machen, die das Geschäft bereichern konnten, unterhielten die Priester einen guten Nachrichtendienst mit Mitarbeitern im ganzen Lande. Im 350 v. Chr. geriet dies Geschäft in Verfall. Während der Völkerwanderung wurde Cumä schwer heimgesucht. Die Republikaner zerstörten es 1205 endgültig. Ruffolini will es jetzt wieder aufbauen.

Kaffee

mit „Zauberung“ bezaubert, werden zauberhaft schön. Senden Sie uns Kc 5.00 in Briefmarken, wir liefern Ihnen dafür den guten Nummernzauberung, den besten Düngung für Ihre Blumen. Sie werden staunen, wie herrlich dann Ihre Blumen gedeihen. Verwaltung „Frauenwelt“, Prag XII., Kohnova st. 62, und durch alle Kolportage erhältlich.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Krise sprengt Kartelle

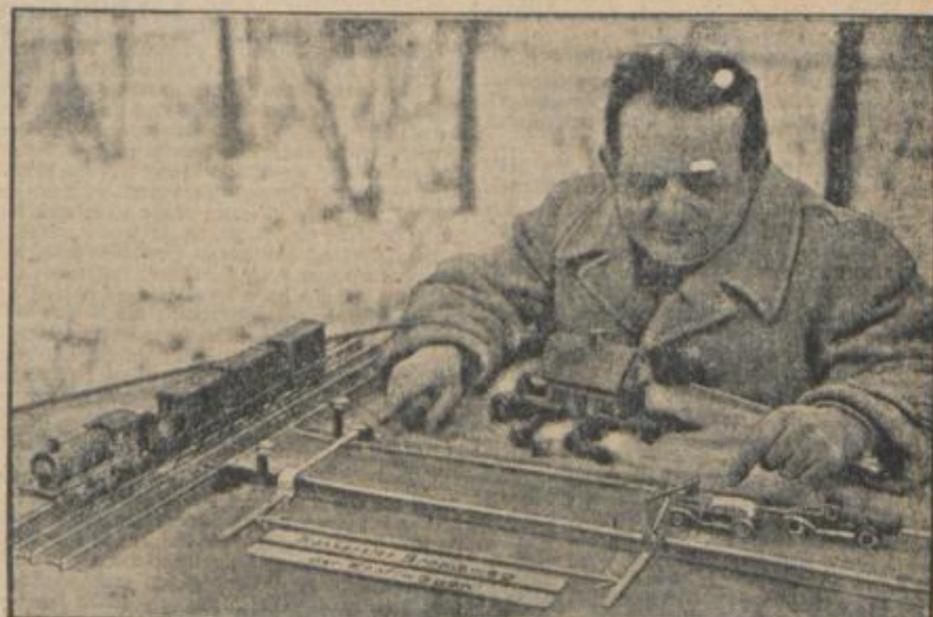
In der tschechoslowakischen Republik hat der Kartellierungsprozeß der wirtschaftlichen Unternehmungen in den Krisenjahren weiter rasche Fortschritte gemacht. Die Privatunternehmer suchen mit Hilfe der Kartelle den durch die Auswirkungen der Krise sinkenden Profit durch hohe Preise möglichst wieder auf das frühere Niveau zu bringen. Die Kartelle schließen wohl sehr oft die Konkurrenz gegenüber dem Konsumenten aus, aber sie führen gleichzeitig in zahlreichen Fällen zu den beständigen Kämpfen zwischen den einzelnen Unternehmungen innerhalb des Kartells. Das ist in der Regel immer dann zu beobachten, wenn die Kartelle sich nicht nur auf die Preisfestsetzung beschränken, sondern gleichzeitig auch die Aufteilung von Produktionsquoten vorsehen.

Es sind nun wiederum die Auswirkungen der Krise, die die kartellierten Unternehmungen dann trachten lassen, innerhalb des Kartells einen möglichst hohen Produktionsanteil zu erhalten. Da aber alle dieses Ziel haben, führt dieser Kampf bei längerer Fortdauer der Krise zu den höchsten Spannungen und vereinzelt sogar zur Sprengung des Kartells. Einen solchen Fall haben wir jetzt wieder bei dem Baumwollspinnerei-Kartell zu beobachten. Die Baumwollspinnerei-Fabrikanten haben sich zu einer Verlängerung des bestehenden Kartellvertrages nicht verstehen können, so daß das Kartell nunmehr als aufgelöst zu betrachten ist.

Als Hauptgründe für den Zerfall des Preis- und Kontingent-Kartells werden übertriebene Quotenforderungen einzelner Großunternehmungen angeführt. Der vertraglose Zustand, der damit in der Baumwollspinnerei-Industrie wieder hergestellt wird, dürfte zu einem Preiskampf und damit zu einer Senkung der Preise führen. Doch wird diese Erscheinung nur vorübergehend sein und der Preisnachschuß, soweit er sich überhaupt bis zum Verbraucher durchsetzen sollte, wird durch eine erneute Preiserhöhung bei der für später zu erwartenden Verhandlung der Unternehmer mehr als ausgeglichen werden.

Der Zerfall des Baumwollspinnerei-Kartells ist deswegen ein bemerkenswerter Vorgang, weil er zeigt, daß auch in der tschechoslowakischen Industrie der Kampf der Großunternehmungen untereinander und gegen die mittleren und kleineren Betriebe mit Festigkeit geführt wird.

F. B.



Doppelschranken sichern Eisenbahnübergänge

Ein deutscher Ingenieur hat eine Eisenbahn-Doppelschranken-Erfindung erfunden, durch die das bisher häufige Verunglücken von Kraftwagen an Eisenbahnübergängen unmöglich gemacht werden soll. Die Doppelschranke besteht aus einer Vorschranke, die so konstruiert ist, daß sie ohne Beschädigung des Kraftwagens von diesem durchfahren werden kann, und einer Hauptschranke, die vermöge ihrer Federkraft als Puffer wirkt. Der zwischen beiden Schranken liegende Zwischenraum entspricht der kürzesten Bremsstrecke eines Kraftwagens. Die Doppelschranke, die selbst bei Fahrlässigkeit des Automobilisten oder bei Reibung das Überfahren eines gesperrten Eisenbahnüberganges unmöglich macht, erfährt eine weitere Sicherung durch ihre Ausstattung mit Druck- und Reibstrahlern.

